

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 155 · 28. Woche · 81. Jahrgang · Aus den Stadtteilen

Donnerstag, 9. Juli 2026

www.stn.de · €2,90 · E 4063

Regierung lehnt weniger Arbeit für Beamte ab

Innenminister Hagel hält eine Arbeitszeitverkürzung angesichts der Automobilkrise für unpassend.

STUTTGART. Der baden-württembergische Innenminister Manuel Hagel (CDU) hat der langjährigen Forderung des Beamtenbundes im Land nach einer Verkürzung der 41-Stunden-Woche für die Landesbeamten eine endgültige Absage erteilt: „Für eine Absenkung der Stundenzahl sehen wir im Moment keinen Spielraum“, sagte er auch mit Verweis auf die Diskussionen um längere Arbeitszeiten in der kriselnden Automobilindustrie.

Der Bundesvorsitzende des Beamtenbundes, Volker Geyer, warnt derweil vor einem fortgesetzten „Beamtenbashing, das ganz unmittelbar zur Respektlosigkeit gegenüber dem Staat führt“. Der Weg zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sei dann ganz kurz – die Gewalt habe „in den letzten Jahren exorbitant zugenommen“. ms



Kampf ums Brot

Die Handwerkskunst der Bäcker wird allgemein hochgeschätzt. Wenn es aber um den Preis geht, decken sich viele Kunden und Kundinnen dann doch lieber an der günstigen Supermarkt-Backstation mit Croissant, Brötchen oder Brot ein. Das Nachsehen haben die klassischen Bäckereibetriebe, deren Zahl kontinuierlich sinkt.

Wirtschaft

Foto: Christoph Kretschmer / Manager Focus

Kommentar

Lieber gründlich als hektisch

Ministerin Warken will die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung regeln. Ihr Plan wirkt aber chaotisch.

VON HAJO ZENKER

Die Lächer in den Kassen der Krankenkassen werden immer größer. Soll es zum Jahreswechsel nicht erneut zu einer Welle von Beitragserhöhungen für die Versicherten und ihre Arbeitgeber kommen, muss schnell gehandelt werden. Die Frage ist nur: wie schnell? Zwar ist verständlich, dass die Regierung das Reformgesetz, das letztlich ein Kürzungsgesetz ist, noch vor der Sommerpause durchbringen will. Doch war man sich innerhalb der Koalition und in den Verhandlungen mit den sehr kritisch gestimmten Ländern in vielen Punkten so uneins, dass der erste in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf quasi Makulatur ist.

Auf den letzten Drücker formulierte und auf fast 300 Seiten verteilte Änderungen sind eine Zumutung für Parlamentarier, die gern wissen wollen, worüber sie da eigentlich abstimmen. Das Durcheinander ist so groß, dass nun Oppositionspolitiker vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind.

Wie das Urteil ausfallen wird, lässt sich schwer vorhersagen. Immerhin, Karlsruhe hat 2023 schon einmal die Verabschiedung eines Gesetzes kurz vor der Sommerpause gestoppt – damals ging es um das Gesetzgebungsverfahren zum sogenannten Heilungsgesetz der Ampelkoalition. Unabhängig davon gilt: Lieber ein durchgerechnetes Gesetz, das Anfang September zur Abstimmung steht, als allerlei Detailänderungen, die niemand mehr versteht – und die uns allen gewaltig auf die Füße fallen können.

Wetter



Mittags 29° | Nachts 15°

Viel Sonnenschein, warm und überwiegend niederschlagsfrei

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 – 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 – 61 61



Umfrage: Landesregierung soll bei sich selbst sparen

BaWü-Check Trotz sinkender Steuereinnahmen finden die Menschen im Südwesten, die Regierung solle nur in zwei Bereichen sparen, nämlich in der Verwaltung und in der Kultur.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen im Südwesten nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst – und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versprechen, das die Regierung im Koalitionsvertrag auch gegeben hat. Obwohl Grüne und CDU zum Start jeweils 30 Stellen in den von ihnen geführten Ministerien schaffen dürfen, beteuert Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne), die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest.

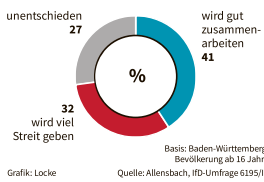
Der zweite Bereich, in dem laut den Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. 72 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. 2025 befürworteten nur 59 Prozent Kürzungen im Kulturbereich.

Den Abbau von Schulden hält nicht einmal jeder Fünfte für eine der wichtigsten

Kooperation und Konflikte erwartet

Glauben Sie, dass die Koalition aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg gut zusammenarbeiten wird?

Angaben in Prozent



Aufgaben. Vor allem im sozialen Bereich solle das Land mehr Geld in die Hand nehmen. 90 Prozent möchten, dass mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgegeben wird. 88 Prozent sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für eine bessere Finanzierung von Kindergärten. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele.

All diese Wünsche zu erfüllen dürfte angesichts der Finanzlage schwierig sein. Hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung indes nicht. Nur 38 Prozent der Befragten trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme im Südwesten erfolgreich anzugehen.

Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen groß. 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Ähnlich gut kam zuletzt Vorgänger Winfried Kretschmann (Grüne) weg: 50 Prozent der Befragten fanden im Februar nach fast 15 Jahren Amtszeit, Kretschmann habe gut gearbeitet.

Leitartikel

Landesregierung: Palmer soll Berater werden

Tübingens OB Boris Palmer soll grünen Ministerpräsidenten Cem Özdemir bei Bürokratieabbau unterstützen.

TÜBINGEN. Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer soll die grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) beim Bürokratieabbau beraten. Der parteilose Politiker soll unabhängiger Rat für Staatsmodernisierung werden, hieß es aus Regierungskreisen. Zuvor hatte der SWR berichtet.

Das Amt soll Palmer dem SWR-Bericht zufolge neben seinem Amt ausüben. Kurz nach der Landtagswahl hatte Palmer betont, dass er weiter Oberbürgermeister in Tübingen bleiben wolle. Damals hatte es Gerüchte gegeben, dass er Minister in einer Landesregierung von Özdemir werden könnte. Im Wahlkampf hatte Özdemir immer wieder die Nähe zu Palmer gesucht. Palmer sei für ihn ein „sehr, sehr wichtiger Ratgeber“. lsw

Hitzefrei-Verbot aufgehoben

STUTTGART. Auch in der Oberstufe an Gymnasien und an beruflichen Schulen soll künftig bei hohen Temperaturen der Unterricht ausfallen können. Die Schulaufsicht informierte darüber, dass das baden-württembergische Kultusministerium die Empfehlungen für Tage angepasst hat, an denen um 11 Uhr vormittags im Schatten mindestens 25 Grad Celsius gemessen werden. „An den beruflichen Schulen besteht kein generelles ‚Hitzefreiverbot‘ mehr“, hieß es. red

Opposition will mehr Zeit für GKV-Reform

BERLIN. Die Grünen und die Linke haben eine Eilklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die noch für diesen Freitag geplante Abstimmung über die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Parlament zu verhindern.

Er habe das Gericht angerufen, weil er „Zweifel habe, dass dieses Gesetzgebungsverfahren noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren genügt“, erklärte der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen. Er kritisierte ein „chaotisches Gesetzgebungsverfahren“. Eine hinreichende Prüfung im Parlament sei praktisch nicht möglich. AFP

Kommentar

Fußball-WM heute

Norwegen glänzt sportlich

MIAMI. Die norwegische Elf um Superstar Erling Haaland kämpft am Samstag gegen England um den Einzug ins Viertelfinale. Das ist ein enormer Erfolg – aber nur ein Aspekt der sportlichen Leistungsfähigkeit des 5,6-Millionen-Einwohner-Landes. Ob Fußball, Radsport, Wintersport, Leichtathletik oder Handball: Norwegen ist obenauf. red

Schweiz weint überwältigt

VANCOUVER. Nach dem 4:3-Sieg gegen Kolumbien zeigten die Schweizer große Emotionen – und freuen sich nun auf Argentinien. Der als kühl geltende Schweizer Kapitän Granit Xhaka sank nach dem Einzug ins Viertelfinale zu Boden und weinte. sid

Ägypten erhebt Vorwürfe

ATLANTA. Ägyptens Trainer Hossam Hassan wirft dem Schiedsrichter vor, im Achtelfinale Argentinien bevorteilt zu haben. Der Verband reicht Beschwerde ein. „Wir sind betrogen worden“, sagte Hassan nach der 2:3-Niederlage in der K.o.-Runde. sid

Nato-Staaten erneuern Bündnistreue zu Artikel 5

Beim Gipfel in Ankara betonen Staaten gegenseitige Beistandspflicht. USA sagen Ukraine Bau von Patriot-Raketen zu. Trump droht Iran.

ANKARA/WASHINGTON. Die Nato-Staaten haben ungeachtet der scharfen Kritik durch US-Präsident Donald Trump an der Allianz auf dem Gipfel in Ankara ihre Bündnistreue und gegenseitige Beistandspflicht bekräftigt. Die Staats- und Regierungschefs betonten ihr „unerschütterliches Bekenntnis“ zur „gemeinsamen Verteidigung gemäß Artikel 5“ des Nordatlantikvertrags. „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“, erklärten die Nato-Partner darin.

Die von Russland angegriffene Ukraine erhielt unterdessen eine neue Zusage für milliardenschwere Militärhilfen. Für dieses Jahr sagen Verbündete 70 Milliarden Euro für Ausrüstung, Unterstützung und Ausbildung zu. 2027 soll die Militärhilfe mindestens auf diesem Niveau fortgesetzt werden. Laut Trump werden die USA der Ukraine die Erlaubnis zum Bau von Patriot-Luftabwehrraketen erteilen. „Wir werden ihnen das Recht

geben, Patriots herzustellen“, sagte er bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. „Wir werden ihnen zeigen, wie es geht“, fügte Trump an.

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht die Zusage als wegweisend an. „Dem Kreml dürfte langsam klar sein, dass sich Russland in diesem Krieg nicht durchsetzen und seine Kriegsziele nicht erreichen wird“, sagte der CDU-Politiker. Der Gipfel in Ankara könne einen Einschnitt in diesem Krieg markieren.

Derweil drohte Trump angesichts der Eskalation im Iran-Krieg mit weiteren Angriffen. Das US-Militär habe den Iran mit Attacken in der Nacht „hart getroffen“ und „wir werden sie höchstwahrscheinlich auch heute Nacht wieder hart treffen“, sagte Trump. Wenig später bestätigte das zuständige US-Regionalkommando Centcom in der Nacht auf Donnerstag eine neue Welle von Angriffen gegen den Iran. dpa/AFP